



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 48/GP

21.02.2020

**Huml: Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht ausgrenzen -  
Bayerns Gesundheitsministerin anlässlich des Symposiums "30 Jahre  
Kinderrechte - Relevanz für die Kinderpsychotherapie" in Benediktbeuern**

**Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** wirbt für mehr Offenheit beim Umgang mit psychischen Erkrankungen. Die Ministerin betonte am Freitag anlässlich des Symposiums "30 Jahre Kinderrechte – Relevanz für die Kinderpsychotherapie" in Benediktbeuern: "Insbesondere Kinder und Jugendliche leiden unter Stigmatisierung und Ausgrenzung. Deshalb ist es mein Ziel, die Sensibilisierung der Gesellschaft gegenüber psychischen Erkrankungen weiter voranzutreiben."

Psychische Störungen gehören mittlerweile zu den häufigsten Erkrankungen. Laut aktuellen Untersuchungen liegt bei etwa jedem vierten Kind oder Jugendlichen in Bayern die Diagnose einer psychischen Störung vor. Vor diesem Hintergrund kommt der Prävention und ggf. raschen Behandlung psychischer Erkrankungen eine zentrale Bedeutung zu.

Huml ergänzte: "Das frühzeitige Erkennen und Behandeln von psychischen Störungen ist entscheidend, um negative Folgen abmildern oder im besten Falle sogar vermeiden zu können. Deshalb ist für mich die weitere Stärkung von Unterstützung und Versorgung für Menschen mit Hilfebedarf aufgrund einer psychischen Erkrankung ein wichtiges Anliegen."

Der Freistaat und die Kommunen haben in den vergangenen vier Jahrzehnten rund 1,7 Milliarden Euro an Fördermitteln für den Ausbau und die stetige Modernisierung der psychiatrischen Kliniken ausgegeben. In den kommenden Jahren sind weitere Investitionen von rund 190 Millionen Euro zur Finanzierung eingeplant. Durch das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (BayPsychKHG) wurde unter anderem die Errichtung bayernweiter Krisendienste für Menschen in psychischen Notlagen und deren Familien beschlossen. Die Kosten für den Betrieb der sieben Leitstellen der Krisendienste werden auf jährlich bis zu 8,5 Millionen Euro geschätzt und zusätzlich zu den Aufbaukosten der Leitstellen vom Freistaat getragen, während die Bayerischen Bezirke die Finanzierung der mobilen Einsatzteams übernehmen.

Die Ministerin betonte: "Eine psychische Störung im Kindes- und Jugendalter stellt in der Regel nicht nur die Betroffenen selber, sondern die gesamte Familie und deren Umfeld vor große Herausforderungen. Dem muss bei den verschiedenen Hilfeangeboten Rechnung getragen werden."